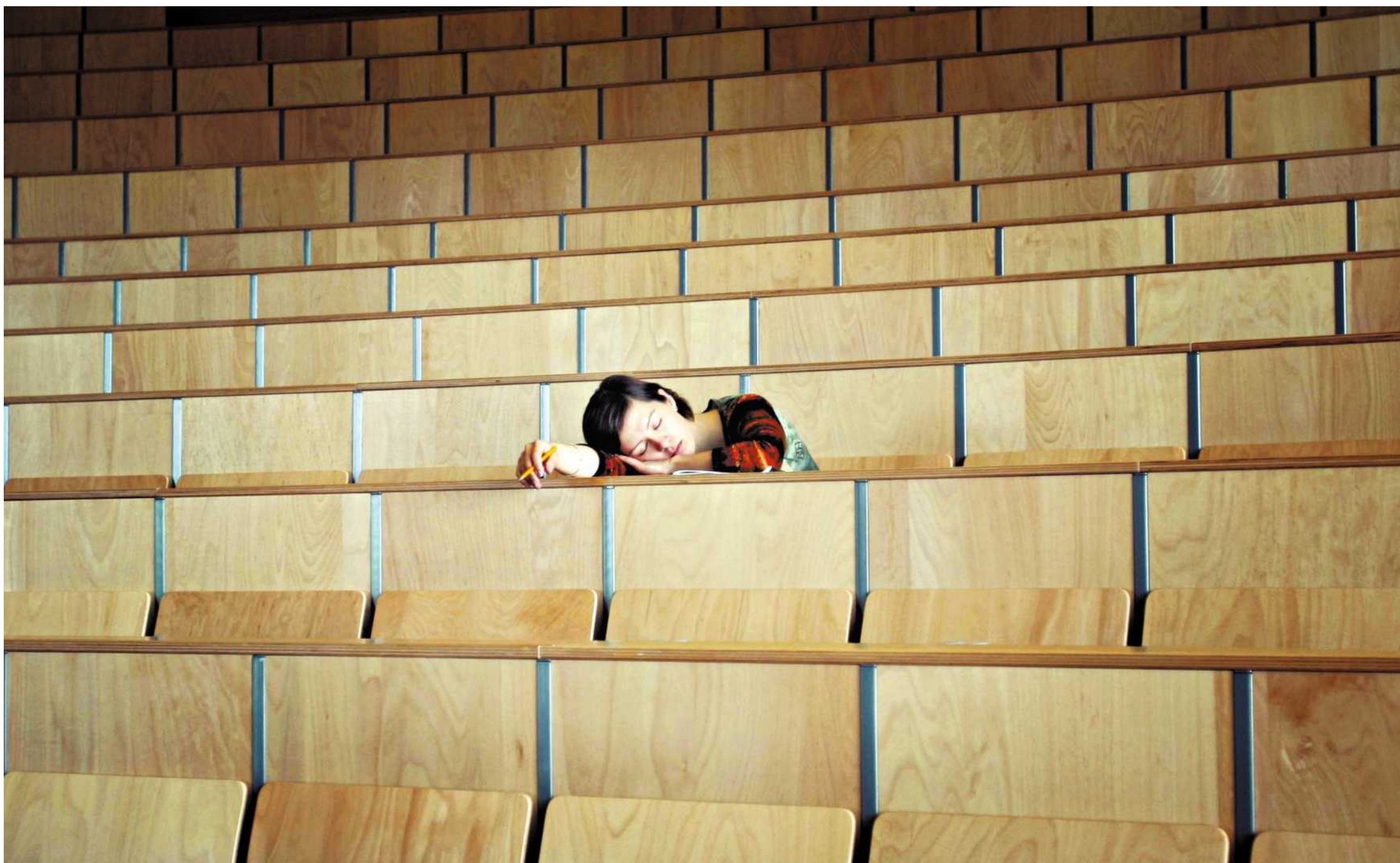




Symbolfoto: Anke Teschner/CaroUllstein bild

Die ruhigen Zeiten auf dem
Campus sind vorbei

Kommt eine neue Studentenrevolte?#

Proteste gegen das G20-Treffen, Widerstand gegen Professoren: An ersten Hochschulen machen Aktivisten mobil.
Wie groß ist ihr Einfluss? Unsere Reporter **ANANT AGARWALA** UND **STEFAN SCHIRMER** haben sie besucht

Es funkelt im Konferenzsaal eines Münchner Hotels, Leuchtstäbe hängen wie Stalaktiten von der Spiegeldecke, auch die Wände ringsum sind verspiegelt. Die Professorenvertretung »Deutscher Hochschulverband« hat geladen, und der Ort passt zum inoffiziellen Thema jeder Jahrestagung: Selbstbespiegelung. Doch an diesem Frühlingsmorgen geht es um weit mehr. Vom Ende der Wissenschaftsfreiheit wird die Rede sein, von selbst ernannten Tugendwächern, sogar von Angst. Es wird der Eindruck entstehen, an deutschen Unis drohe eine Gesinnungsdiktatur.

»Wir verlieren die Fähigkeit zum offenen Wort, wenn wir Angst haben, dass es gegen uns verwendet wird«, sagt DHV-Präsident Bernhard Kempen. Zustimmunges Murmeln. Aber, so schließt er seine Rede: »So weit wollen wir es nicht kommen lassen! Und so weit werden wir es nicht kommen lassen!«

In der Rolle des Belastungszeugen tritt später Jörg Baberowski auf. Der renommierte Stalinismus- und Gewaltforscher der Humboldt-Universität Berlin war häufig als Kritiker von Angela Merkels Flüchtlingspolitik zu Gast in Talkshows. Bekannt ist er aber auch für seine These, Hitler sei nicht grausam gewesen. Seither halten ihn manche für einen Geschichtsrevisionisten und tun das auch öffentlich kund. »Die Hass- und Hetzkampagnen haben mein Leben komplett verändert«, sagt Baberowski. Eine trotzkistische Sekte reise ihm hinterher, mische seine Vorträge auf, plakatiere an der HU sein Konterfei, dazu das Wort: »RASSIST« (*ZEIT* Nr. 16/17). »Diese Bösartigkeit hat mich mitgenommen«, sagt Baberowski. Er fühlt sich auf dem eigenen Campus nicht mehr wohl.

Wer Professoren wie Kempen oder Baberowski zuhört, der bekommt schnell den Eindruck, dass sich knapp 50 Jahre nach 1968 an deutschen Universitäten wieder tiefe Gräben auftun. Dass eine Woge der Politisierung die Hörsäle erreicht hat. Dass eine einflussreiche Bewegung entsteht. Eine Bewegung zumal, die diffamiert, blockiert und denunziert.

Für den Politikwissenschaftler Herfried Münkler, wie Baberowski Professor an der HU Berlin, richteten Studenten schon 2015 anonym ein Watchblog ein, um auf Münklers angeblich kriegstreiberische und sexistische Sprache aufmerksam zu machen. Auch gegen den Dresdner Politologen und Pegida-Erklärer Werner J. Patzelt riefen Studenten zu Aktionen auf. Und zu Jahresbeginn machte ein Vorfall in Magdeburg bundesweit Schlagzeilen: Als dort der AfD-Politiker André Poggenburg vor einer rechten Hochschulgruppe reden wollte, sprengten Studenten mit Trillerpfeifen die Veranstaltung. Poggenburg ließ sich unter Polizeischutz aus dem Hörsaal geleiten.

Man könnte glauben, es formiere sich an den Unis eine neue Apo, von Mitte-Links bis zum linken Rand. Es wäre kein Wunder in einer Zeit, die alles andere als politischer Biedermeier ist, in der Autokraten und Populisten die Demokratien bedrohen. Aber stimmt der Eindruck wirklich, dass es heute auf dem Campus wieder so politisch zugeht wie lange nicht?

Göttingen, Mitte Juni. Auf dem zentralen Platz der Universität sitzen Studenten im Schatten der Ahornbäume oder rauchen in der prallen Sonne. Silke Hansmann eilt über den Campus. Die 28-Jährige ist Vorsitzende des Göttinger Asta. Sie eine politisch engagierte Studentin zu nennen wäre untertrieben. Neben ihrer Arbeit im Asta sitzt Hansmann als studentische Vertreterin im Uni-

Senat, sie ist Vize-Bezirkschefin der Jusos, und als wissenschaftliche Hilfskraft des Politologen Samuel Salzborn beschäftigt sie sich mit Antisemitismus. Etwa 150 E-Mails bekommt sie am Tag, die meisten bearbeitet sie nach Mitternacht.

Göttingens Georg-August-Universität gilt seit vielen Jahren als hochpolitisch. Es gab hier selten eine Phase, in der Burschenschaftler und die linke Szene nicht aneinandergeraten wären. 2016 wurden auf dem Campus Zettel verteilt mit dem anonymen Aufruf, einem offen rechtsextremen Studenten ins Mensaessen zu spucken.

»Der 08/15-Studi verspürt keinen Druck, sich engagieren zu müssen«

Bei den Wahlen für das Studierendenparlament liegt die Beteiligung bei 30 Prozent, an vielen Unis wählt nicht mal jeder Zehnte. Mit Hansmann an der Spitze ist der Asta nun wieder links regiert. Schon in der Schule las sie Texte von Rosa Luxemburg, heute interessiert sie sich für die ganze linke Palette: Gleichstellung, den Kampf gegen Rechtsextremismus, die globale Ungleichheit. »Ich glaube nicht, dass die vorherrschende Ungerechtigkeit im Kapitalismus beseitigt werden kann«, sagt sie, »denn das System baut auf Ausbeutung auf.« Sie sagt auch: »Aber die Mehrheit sieht das anders.«

Hansmann leistet seit 16 Semestern politische Arbeit – und hält wenig von der These, dass sich der Campus gerade politisiere. »Der 08/15-Studi verspürt keinen Druck, sich engagieren zu müssen. Es gibt keinen echten Anlass.« Die Studiengebühren sind abgeschafft, der Rechtsstaat ist intakt, noch sitzt kein Trump im Kanzleramt. Außerdem hätten viele das Gefühl,

ihnen fehle die Zeit, sagt Hansmann. In der Regelstudienzeit fertig werden, schnell einen Job finden, das habe Priorität. »Ständig geht es um den Lebenslauf.« Hansmann selbst studiert im zweiten Mastersemester Geschlechterforschung. Für ihren Bachelor hat sie wegen ihrer vielen Ämter acht Jahre gebraucht. Das System stürzen wollen und Creditpoints hinterherhecheln – beides gleichzeitig funktioniert nicht. Auch deshalb sei es »sehr anstrengend«, Studenten langfristig für politische Arbeit zu motivieren. Der Asta sitzt in einem Haus leicht abseits des Hauptcampus. An der Fassade prangt ein Graffiti auf LSD: alle Farben, keine Orientierung. Innen sind die Wände mit Plakaten tapeziert, von links bis ganz links ist alles dabei: »Refugees welcome«. »Grenzenlos feministisch kämpfen«. »AKP und ihre faschistischen Banden stoppen«. »Ich bin nix, ich kann nix, gebt mir eine Uniform«. »Ihr Antifas, kommet, oh kommet doch all«.

Hansmann sagt, sie sei dafür, Rechtsextreme zu outen. »Aber Mobbing oder gar Gewalt ist nicht meine Form. Es geht darum, ihnen demokratische Positionen entgegenzusetzen.« Vereint denn der Kampf gegen Rechtsaußen die Studenten? Jein, sagt Hansmann. »Rechte Umtriebe politisieren, klar, Neonazis finden wir alle nicht cool. Gegendemos funktionieren sehr gut. Aber es führt nicht dazu, dass eine Bewegung entsteht, die ganz grundsätzlich etwas ändern will.«

Der Asta, sagt sie, müsse konkrete Anlässe schaffen, um Studenten zu aktivieren. Eine Demo für einen bestimmten Zweck wie Mieterhöhungen. Ein Projekt für Geflüchtete. Ein Festival.

Der politische Student der Gegenwart hockt nicht in Arbeitskreisen, sondern geht auf Events.

Es ist ein Mittwoch Ende Mai, als ein älterer Herr das Audimax der Freien Universität Berlin rockt. Trotz

herrlichen Wetters drängeln sich tausend Studierende in dem Hörsaal, um »The Bern« zu erleben: Bernie Sanders. Der gefeierte Politrebelle und Ex-Präsidentenchaftskandidat der USA ist auf Welttournee, um sein neues Buch *Unsere Revolution* vorzustellen. Als er bei der Veranstaltung des *ZEITmagazins* eintrifft, erheben sich die meisten, sie klatschen und jubeln. Dann hören sie gebannt zu, wie Sanders über den Klimawandel redet, über internationale Zusammenarbeit, über Gerechtigkeit für Homosexuelle, Frauen und Arme. Als er die Steuervermeidung von US-Konzernen anspricht, ruft ein Student: »*Same here!*« Als er fertig ist, sagt Sanders noch: »Ich flehe euch an, tut, was getan werden muss. Steht nicht einfach nur daneben und lasst die Dinge geschehen. Demokratie ist kein Zuschauersport wie Basketball!« Wenig später bahnt er sich den Weg zum Ausgang, Studenten schütteln ihm die Hände, klopfen auf seine Schultern. Als sei er ein Basketball-Star, dem viele Körbe gelungen sind. Die Begeisterung für Sanders – politisches Hipstertum.

»Es braucht Reize, um Hochschulen zu politischen Orten zu machen«, sagt Christoph Bieber, Politik-Professor an der Uni Duisburg-Essen. »Aber wogegen sollten die Studenten protestieren? Gegen Frau Merkel? Es gibt nichts, was es zu beseitigen gilt.« Die Ziele der 68er? Sind weitgehend umgesetzt oder haben sich erledigt. So findet die Generation Merkel kaum etwas in ihrem Land, was sie auf die Barrikaden treibt.

Zwar gab es Vorfälle wie die bei Baberowski oder Münkler, unakzeptabel jeder einzelne. Aber hätten nicht die Betroffenen selbst diesen Fällen große Öffentlichkeit verschafft, wäre daraus kaum Stoff für Erzählungen oder Jahrestagungen geworden. Das

Fortsetzung auf S. 58

#

Der Streit um Baberowski

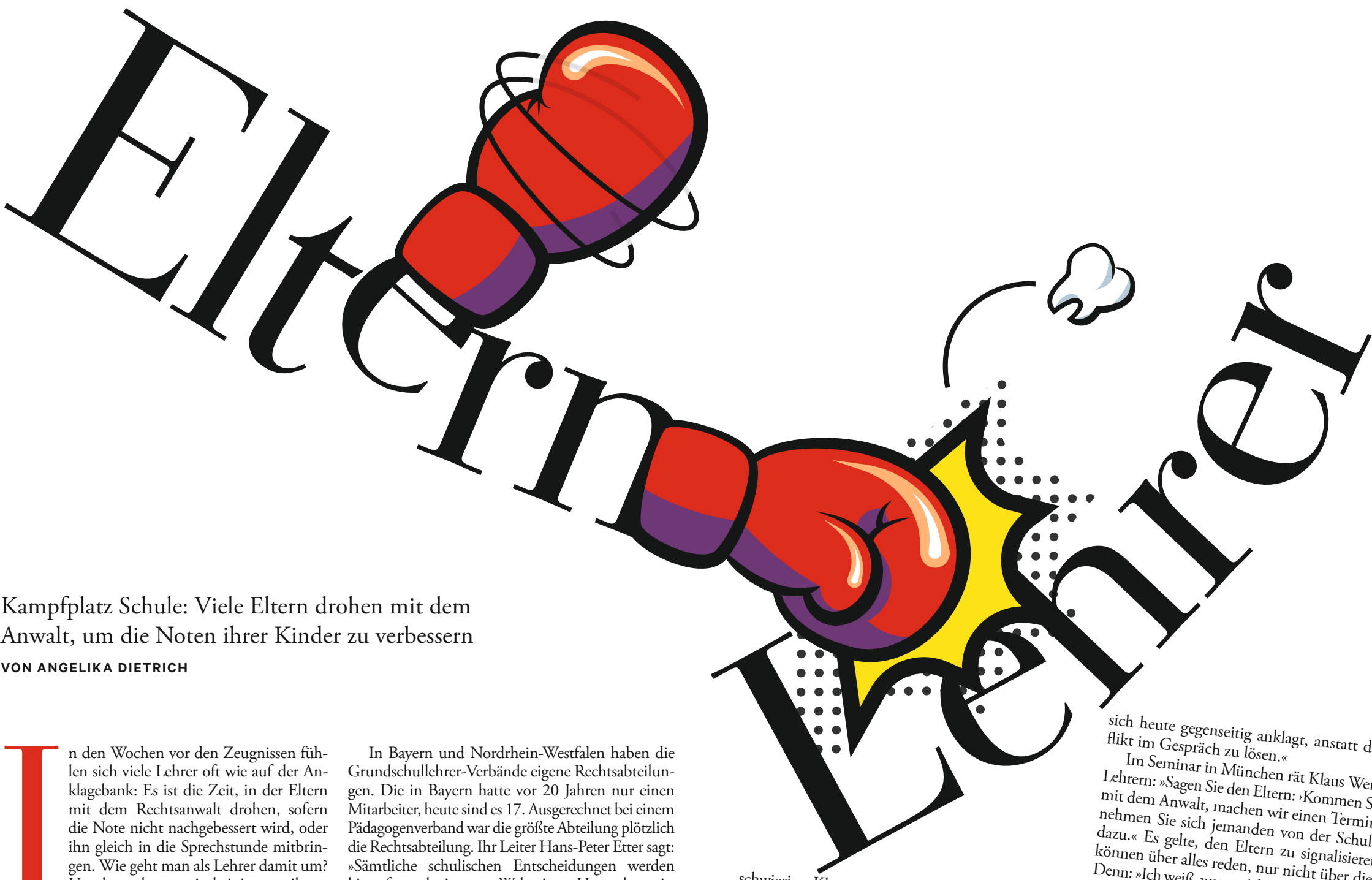
Die Debatte um den Berliner Professor Jörg Baberowski spaltet Wissenschaftler und Hochschulen – über die juristische Frage hinaus, ob der Asta der Uni Bremen den Historiker »rechtsradikal« nennen darf, was ein Kölner Gericht als von der Meinungsfreiheit gedeckt empfand.

Zuletzt hatte der Jura-Professor **Andreas Fischer-Lescano** in der »Frankfurter Rundschau« Baberowski ein »Amalgam rechtsradikaler Kritik« vorgeworfen und das Präsidium der Humboldt-Universität kritisiert, das sich hinter Baberowski gestellt hatte: Dies zeige, »wie erschreckend

normal die rechte Rede an Universitäten bereits geworden ist«. In der »Stuttgarter Zeitung« sprang der Historiker **Götz Aly** Baberowski bei: »Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen vergisst er nicht, was seine Standesbezeichnung »Professor« bedeutet: Bekenner.« Man müsse die Wissenschafts-

freiheit verteidigen. Der Historiker **Wolfgang Benz** schrieb im »Tagesspiegel«, dass Baberowskis Meinungen »durch den Status ihres Urhebers Gewicht als Expertise« erhielten; es handle sich nur um Emotionen, »deren Resonanzraum auf den Stammtisch beschränkt bleiben sollte«.

Über den Kampf um die Deutung der Thesen Baberowskis haben wir im **ZEIT CHANCEN BRIEF**, dem E-Mail-Newsletter für die Scientific Community, immer wieder berichtet (kostenlos abonnierbar unter www.zeit.de/chancen) und die Diskussion zusammengefasst.



Kampfplatz Schule: Viele Eltern drohen mit dem Anwalt, um die Noten ihrer Kinder zu verbessern

VON ANGELIKA DIETRICH

In den Wochen vor den Zeugnissen fühlen sich viele Lehrer oft wie auf der Anklagebank: Es ist die Zeit, in der Eltern mit dem Rechtsanwalt drohen, sofern die Note nicht nachgebessert wird, oder ihn gleich in die Sprechstunde mitbringen. Wie geht man als Lehrer damit um? Um das zu lernen, sind einige von ihnen an einem warmen Frühlingsnachmittag nach München gekommen, in die Akademie des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), zum Seminar »Effektive Konfliktprävention«. Ein Altbau mit Blick auf die Theresienwiese. Hier sollen sie üben, wie man heikle Gespräche führt, dabei die Ruhe bewahrt und sich nicht einschüchtern lässt. Ein Seminar, nötiger denn je: Die Streitigkeiten zwischen Eltern und Lehrern haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen, vor allem in den Großstädten und deren Speckgürteln. Hans-Peter Etter ist Leiter der Rechtsabteilung des BLLV. Er berichtet, dass seine Abteilung heute viermal so viele Beschwerden bearbeitet wie noch vor 15 Jahren. 2000 kleinere Rechtsanfragen bekommt allein dieser bayerische Verband jedes Jahr, die sich per Mail oder Anruf klären lassen. Dazu kommen mehrere Hundert Anliegen, für die eigens eine Akte angelegt werden muss und die einer intensiveren juristischen Klärung bedürfen: in Widerspruchsverfahren oder sogar Gerichtsverhandlungen.

Dabei sind längst nicht alle Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Lehrern erfasst. »Von Schulleitungen bekommt man nur selten eine ehrliche Auskunft: Sie wollen ihre Schule ja als konfliktfrei darstellen«, sagt Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Klaus Wenzel, pensionierter Lehrer und Leiter des Münchner Seminars für Konfliktprävention, sagt: »Eltern und Lehrer ziehen in der Erziehungsarbeit oft nicht mehr an einem Strang.« Der Lehrer wird als Gegner wahrgenommen. Die Note gilt als Schlüssel zum Erfolg. Und Eltern wollen das Beste für ihr Kind. Dafür machen sie sich stark – mit allen Mitteln. Fünfzehn Jahre lang saß Klaus Wenzel regelmäßig an der Beratungs-Hotline des Bildungsverlags Dorn und nahm Anrufe besorgter Eltern aus ganz Deutschland entgegen. Häufigster Anlass: die Noten, noch vor Mobbing. »Ich wusste immer, in welchem Bundesland es gerade Zeugnisse gegeben hatte: Von dort kamen die meisten Anrufe.«

In Bayern und Nordrhein-Westfalen haben die Grundschullehrer-Verbände eigene Rechtsabteilungen. Die in Bayern hatte vor 20 Jahren nur einen Mitarbeiter, heute sind es 17. Ausgerechnet bei einem Pädagogenverband war die größte Abteilung plötzlich die Rechtsabteilung. Ihr Leiter Hans-Peter Etter sagt: »Sämtliche schulischen Entscheidungen werden hinterfragt, das ist purer Wahnsinn.« Hauptthema ist der Übertritt, aber es geht auch um Erziehungsmaßnahmen, Verweise, Noten. Hunderte von Grundschullehrern sind betroffen, allein in Bayern.

Die Rechtsabteilungen werden dann eingeschaltet, wenn Eltern ihren Anwalt einen formlosen Rechtsbehelf, eine Dienstaufsichtsbeschwerde oder eine Strafanzeige schicken lassen oder gleich mit dem Anwalt in der Elternsprechstunde erscheinen.

Von ihren Erlebnissen berichten Lehrer nur anonym: Da will eine Mutter über jede Klassenarbeit diskutieren. Da kommen Eltern in die Sprechstunde und klären Lehrer auf, wie sie Noten zu vergeben haben. Da kommt der Vater eines Drittklässlers und sagt: »Wenn Sie diese Note in der vierten Klasse vergeben hätten, wäre ich jetzt mit dem Rechtsanwalt da.« Da schreibt ein Vater zig Briefe und E-Mails, weil er das Kind gemobbt sieht. Demnächst will er den Anwalt einschalten, weil die Schule aus seiner Sicht nichts dagegen unternimmt.

An den Gymnasien sind es vor allem Noten, Verweise oder Strafarbeiten, dererwegen die Eltern Stress machen, berichtet Heinz-Peter Meidinger. Diese Eltern sind oft Juristen, Ärzte – oder selbst Lehrer. Oft gehe es dabei gar nicht darum, dass ihr Kind überhaupt die Klassenstufe oder das Abitur schaffe, sondern um den Notenschnitt. Häufig fordern Eltern auch, dass die Schule eine Ordnungsmaßnahme wie einen Verweis zurücknimmt: aus Angst um den Ruf des Kindes.

Es sind längst keine Einzelfälle mehr. »Das stresst«, »das nervt«, »das macht dich fertig«, sagen die Lehrer. »Das stresst«, »das nervt«, »das macht dich fertig«, sagen auch die Eltern: Wenn das Kind schon wieder eine Note heimgebracht hat, die den Übertritt, die Versetzung oder die Abschlussnote gefährdet. Wenn das Kind permanent klagt, von Mitschülern drangsaliert zu werden. Wenn Eltern das Gefühl haben, dass die Lehrer ihr Kind benachteiligen, zu Unrecht Strafarbeiten verhängen, zu

schwierige Klassenarbeiten schreiben lassen. Eltern sagen: Es ist doch gut, dass wir die Möglichkeit haben, uns zu wehren, dass wir uns nicht alles gefallen lassen müssen.

Sibylle Schwarz ist Anwältin in Wiesbaden, sie hat sich auf Bildungsrecht spezialisiert. »Oft wollen die Eltern nur eine Information darüber, welche Rechte sie haben«, sagt sie. »Die Eltern, die zu mir kommen, sind keine Helikopter-Eltern, sondern haben berechtigte Anliegen.« Es geht um die Schulwahl oder die Versetzung. Darum, ob Lehrer die Kinder auf Klassenfahrten richtig beaufsichtigt haben. Hochkonjunktur hat sie, wenn andere in den Sommerurlaub gehen. Gerade hat sie bei der Schulbehörde ein Widerspruchsverfahren laufen, weil ein Mädchen wegen eines längeren Krankenhausaufenthalts Klassenarbeiten nicht mitschreiben konnte und deswegen nicht in die neunte Klasse versetzt wurde. Ausgang offen.

Bundesweit gab und gibt es Gerichtsverfahren. In Berlin hatten 2013 mehrere Eltern geklagt, weil ihre Kinder das Probejahr am Gymnasium nicht bestanden hatten. Schuld sollten die vielen Migranten in der Klasse gewesen sein. Die Eltern verloren. In Niedersachsen entschied das Obergericht, dass Eltern vom Elternsprechtag ausgeschlossen werden dürfen, wenn sie diesen nur dazu nutzen, den Lehrer zu beschimpfen. In Nordrhein-Westfalen wurde im Februar ein Musiklehrer vom Vorwurf der Freiheitsberaubung freigesprochen: Er hatte eine laute Realschulklass zu einer Strafarbeit verdonnert und sie daran gehindert, das Klassenzimmer vorzeitig zu verlassen.

Oft sei eine Klage vor Gericht nicht sinnvoll, sagt die Rechtsanwältin Schwarz. »Gerichtsverfahren können sich über Jahre hinziehen – dann ist das Kind womöglich längst aus der Schule.« Häufig werde dann außergerichtlich eine Einigung gefunden: »Vieles klären wir durch Gespräche mit Schulleitung oder Schulamt.«

Für ein Miteinander statt Gegeneinander plädiert auch Wolfgang Pabel, Vorsitzender des Bundeselternrats. »Ich halte es für bedenklich, wenn Eltern das Recht ihrer Kinder mit Anwälten einfordern. Aber leider ist es ein Trend, dass man

sich heute gegenseitig anklagt, anstatt den Konflikt im Gespräch zu lösen.«

Im Seminar in München rät Klaus Wenzel den Lehrern: »Sagen Sie den Eltern: »Kommen Sie ruhig mit dem Anwalt, machen wir einen Termin.« Und nehmen Sie sich jemanden von der Schulleitung können über alles reden, nur nicht über die Note. Denn: »Ich weiß, warum ich eine Vier gegeben habe, und da diskutierte ich nicht!« Ein Anwalt kann auch keinen Aufsatz bewerten. Er kann nur beurteilen, ob Formfehler vorliegen.

Doch dafür brauchen die Lehrer Rückgrat, Erfahrung und eine Schulleitung, die hinter ihnen steht. Lehrer räumen ein, dass es manchmal bequemer ist, einfach einen Punkt mehr zu geben, um des lieben Friedens willen. Dann schafft das Kind vielleicht Vier statt der Fünf und rückt in die nächste Klasse vor. Ob es dort zurechtkommt, liegt nicht mehr in der Verantwortung des Lehrers.

Schulleitungen halten die Lehrer an, auf keinen Fall Formfehler zu machen – etwa eine Klassenarbeit zu spät anzukündigen oder etwas abzufragen, was nicht exakt für dieses Halbjahr im Lehrplan steht. Fachschaften entwickeln Bewertungsbögen für Referate, für möglichst einheitliche und transparente Bewertungsstandards. Erfahrene Kollegen raten den jüngeren: dokumentieren – jedes Verhalten, jedes Fehlen.

Und viele Lehrer legen sich ihre eigenen Strategien zurecht, um Konflikten vorzubeugen: Keine schriftlichen Nachrichten an Eltern – was könnte da nicht alles hineininterpretiert werden, Rückmeldungen nach einer mündlichen Abfrage nie Ruhe festhalten: Worum ging es in der Abfrage, Adresse oder Telefonnummer herausgeben – wer will abends um 22 Uhr mit Eltern diskutieren, ob Sohn das Handy abnimmt? Doch es sind nicht nur die Eltern, die mit ihren Problemen zu der auch jene, die am Ende ihrer Ausbildung kommen und die schlechte Note oder die verpatzte Prüfung anfechten wollen. Darunter sind nicht selten: angehende Lehrer.

Ein bundesweiter Test statt Abi-Noten!

Die Hochschulen sollten Aufnahmeprüfungen haben, fordert MICHAEL GÖRING

Die Debatte, ob das Gymnasium acht oder neun Jahre dauern soll, ist neu entfacht: Die künftige Regierung von Schleswig-Holstein favorisiert nun wieder das neunjährige Gymnasium, auch die neue Koalition in Nordrhein-Westfalen will auf die frühere Regel zurückgreifen. Doch die Diskussion um G8 und G9 greift zu kurz. Worauf es wirklich ankommt, ist der Stellenwert des Abiturs. Da in vielen Bundesländern mehr als die Hälfte der Schulkinder aufs Gymnasium gehen, wird das Abitur zum Regelabschluss. Dies ist nur dadurch zu erkaufen, dass die Anforderungen zurückgehen. Eigenet sich dann das Abitur noch als Zugangsvoraussetzung für ein Studium?

Schon heute ist zu beobachten, dass Gymnasien, die im Ruf stehen, »leichter« zu sein, in der Oberstufe Zulauf erfahren von Schülern aus anforderungsstarken Gymnasien, die sich einen besseren Abiturschnitt erhoffen. Obwohl die schriftlichen Abiturprüfungen vereinheitlicht wurden, zählen für den Durchschnitt die Noten aus den letzten Schuljahren in hohem Maße. Jeder, der heranwachsende Kinder hat, kennt die Diskussion um die strategisch richtige Fächerwahl, durch die sich die besten Noten erzielen lassen.

Das ist ein Dilemma, für das es nur eine Lösung gibt: Die Universitäten stellen eigene Eingangsprüfungen auf. Wer von einem »schwereren« Gymnasium kommt, hat größere Chancen, hier besser abzuschneiden, als jemand von einem »leichteren« Gymnasium.

An vielen privaten Hochschulen spielt die Abi-Note für die Aufnahme keine Rolle mehr. Hier entscheidet allein, wie die Bewerber in einer mündlichen und schriftlichen Prüfung abschnitten. Einen solchen Aufwand können staatliche Hochschulen wegen der Zahl der Bewerber nicht leisten. Aber ein bundesweites Testverfahren zu entwerfen und festzulegen, wie viele Punkte jemand für ein Studium in Heidelberg und München oder Hamburg und Oldenburg erreichen muss – das sollte für die staatlichen Hochschulen machbar sein, die mit der Hochschulkrektorenkonferenz über eine bundesweite Einrichtung verfügen!

Ein solches Verfahren würde die anspruchsvollen Gymnasien stärken und könnte den Gymnasien mehr Mut zu eigenwilligen Schwerpunkten verleihen. Viele Schüler fühlen sich ermutigt, eines der schweren Mint-Fächer zu wählen, wenn sie wüssten, dass ihre Note dort keinen Einfluss auf ihre Studienwünsche hat. Auch die Gymnasiallehrer könnten wieder gerechtere Noten erteilen, weil von einem »ausreichend« nicht das Leben des Abiturienten abhängt. Das neue Verfahren würde gleichzeitig bekräftigen, dass Begabungen nicht gleich verteilt sind und anspruchsvolle Universitäten das Recht haben, sich die besseren Erstsemester auszusuchen. Ja, das ehrwürdige Abitur wäre als alleinige Zugangsvoraussetzung fürs Studium abgelöst, aber was ist das Problem, wenn es ein neues leistungsmessendes Verfahren gibt und das Abitur zu seinem alten Recht zurückkehrt, ein Abschlussexamen und kein Eintrittsexamen zu sein?

Prof. Dr. Michael Göring, 60, leitet die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius und den Bundesverband Deutscher Stiftungen

... neue Studentenrevolte? Fortsetzung von S. 57

Medienecho zum Aufschrei der prominenten Berliner Professoren oder zu Poggenburgs verhiindertem Auftritt: Es wirkt wie ein Zerspiegel, der den Kampf einzelner radikaler Kleingruppen wie eine ganze Bewegung erscheinen lässt. Nicht einmal der Aufstieg der AfD hat für eine Vernetzung unter den Studenten gesorgt. »Widerstand flammt bisweilen auf, wenn sich Hochschulgruppen der Partei etablieren«, beobachtet Bieber. »Aber die AfD hat im studentischen Milieu kaum Zulauf, daher ist auch das kein großes Thema.« Gewiss, weltweit herrscht so viel Unordnung wie lange nicht. Doch ob Putin, Erdoğan oder Trump, Brexit oder Terror: Die Reaktion darauf, die Sehnsucht der Stunde, ist nicht der Wunsch nach Umsturz, sondern nach Bewahrung des Erreichten. Während die 68er dafür kämpften, Institutionen zu schleifen, geht es nun oft darum, diese zu stützen. So gingen Tausende Studierende bei »Pulse of Europe« oder gegen TTIP auf die Straße. Oder sie engagierten sich in den vergangenen Jahren als Flüchtlingshelfer – um das Asylsystem zu stabilisieren. Selbst Parteien haben wieder mehr Zulauf von Jüngeren. Ist das alles vielleicht doch der Beginn von etwas Größerem?

»Empirisch wissen wir nicht viel über die aktuelle Politisierung von Studenten«, sagt Christoph Bieber, der Sozialforscher. »Aber es deutet wenig auf eine neue Bewegung hin. Weder auf dem Campus noch im Internet.« Dort, bei Facebook oder Twitter, findet längst ein wesentlicher Teil der politischen Auseinandersetzung statt. Die Bedeutung, die einst Sit-ins

und Flugblätter hatten, haben nun Online-Petitionen, Online-Kommentare und Tweets. Als Spielverderber könnte man fragen: Ist jemand, der »Gefällt mir« anklickt oder etwas retweetet, genauso engagiert wie jemand, der an einer Demo teilnimmt?

Ach, sagt Peter Grottian, »die Latsch-Demo hat doch eher abgewirtschaftet«. Grottian, mit 75 Jahren ein Altersgenosse von Bernie Sanders, ist habilitierter Aktivist, ein Christian Ströbele der Hörsäle. Sein Professorenleben lang hat er sich mit politischer Partizipation beschäftigt, an der FU Berlin lehrte er Politikwissenschaft und stets auch zivilen Ungehorsam. Mit seinen Studenten organisierte er Demos gegen die Berufsverbote, auch Schwarzfahrraktionen gegen Preiserhöhungen bei Verkehrsbetrieben.

»Es fühlte sich gut an, nicht nur zu reden, sondern auch etwas zu tun«

An der heutigen Generation schätzt Grottian, dass sie nicht alles zu wissen vorgebe, keine ihrer Ideen für unumstößlich halte: »Früher meinten viele, sie hätten die Wahrheit gepachtet, es ging zu wie in der Metzgerbude. Heute geht man fürsorglicher miteinander um.« Ihn bekümmert aber, dass bei den Jüngeren das Engagement nachlasse, in der freiwilligen Feuerwehr wie im Asta. Würde die Umweltbewegung jetzt erfunden, würde sie sich wohl nicht mehr durchsetzen. Einfach weil es vielen heute an langem Atem und der nötigen Leidenschaft fehle.

Dem Professor im Unruhestand ist das ein Aposporn. Ende 2016 ging er in eine Erstsemester-Vor-

lesung an der FU und fragte: Wer macht mit bei einer Aktion? Bei einem VW-Boykott! So kam Aljoscha Mayer, 21, zu einem Crashkurs Aktivismus. Der Politik-Student trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift »Truck Fonald Dump« und sitzt in einem Dachcafé der Uni. Er und 20 Erstsemester machten nach Grotians Aufruf mit; sie wandten sich dagegen, dass der Konzern die Geschädigten seines Abgas-Skandals im Stich lasse. Sie verteilten Flyer, klebten Protest-Plakate am VW-Showroom in Berlin-Mitte. Sie stellten auch eine satirische Gipsbüste des langjährigen VW-Chefs Ferdinand Piëch auf. »Es fühlte sich gut an, nicht nur zu reden, sondern auch etwas zu tun«, erzählt Mayer. Leider habe in der Gruppe das Interesse an der Aktion abgenommen – vor allem in der Klausurenphase und der vorlesungsfreien Zeit. Über Grottian sagt Mayer, »der Peter« habe sich um die Finanzierung gekümmert, einen Termin in der Bundespressekonferenz organisiert und auf jedes Plakat seine Handynummer drucken lassen: Falls es Ärger gäbe, sollte der bei ihm landen, nicht bei den Erstsemestern. Es hatte etwas von betreutem Protestieren.

Hamburg, wenige Wochen vor dem G20-Gipfel. In einem Hörsaal der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät hängt ein Banner auf der Bühne: Wir laden G20 aus! Aufgehängt hat es das Aktionsbündnis »Gemeinsam statt G20«, ein Zusammenschluss der Studentenvertretungen der Hamburger Unis; er hat 396 Likes auf Facebook. Seit Monaten mobilisiert die linke Szene europaweit gegen das Treffen der mächtigsten Politiker der Welt. Das Schanzenviertel, an jedem 1. Mai Kampfplatz von Antifa und Polizei, ist

zuplakatiert mit Aufrufen, den Gipfel zu verhindern. Aber an der Uni verlieren sich keine 50 Leute im Hörsaal. Dabei sind die Gäste, die auf dem Podium diskutieren sollen, von weit her angereist. Es sind politische Aktivisten aus Brasilien, Polen, Senegal. Ihre Mission: globale Zivilgesellschaft statt G20.

Was in den vier Stunden geboten wird, wirkt wie ein Schauspiel. Eine Inszenierung der globalen Krise der Linken. Man verliert sich in Details, will alles auf einmal. Es geht es um postkoloniale Traumata der panafrikanischen Intellektuellenszene, dann um die unfaire Subventionierung des chilenischen Militärs durch Kupferexporte, um Schäubles Schraubstockpolitik gegenüber Griechenland. Es gibt viele Parolen zu hören, für ein kleines bisschen Applaus: »Die Arbeiterklasse muss aufstehen!« oder: »Uns vereint mehr, als uns trennt!« Gemeinsam statt G20? Den Videochnitt im Internet schauen sich 93 Menschen an. Die Uni Hamburg hat über 42000 Studierende.

Ruhige Zeiten also auf dem Campus? Nicht zwingend, sagt Politik-Professor Christoph Bieber. »Es kann sehr schnell gehen, dass sich etwas formiert. Die Dynamik unter den Studenten ist hoch, vor allem durch die sozialen Medien.«

In der Verbrennungslehre spricht man von drei Bedingungen, die es für ein Feuer braucht: brennbaren Stoff, Sauerstoff und Zündenergie. So ähnlich ist es wohl auch mit einer Campusbewegung. Es braucht Studenten, die für etwas brennen. Die einen langen Atem haben. Und es braucht einen Funken.

www.zeit.de/audio

Professors Praxis



Seit ich mir angewöhnt habe, bei Konferenzen eine 3-D-Brille zu tragen, wirken die Vorträge der Kollegen gar nicht mehr so flach

Stephan Porombka, 49, ist Professor für Texttheorie an der UdK Berlin. Mehr unter www.zeit.de/porombka

Illustration: Bastian Kemp für DIE ZEIT; Foto: privat